

# Thorner Presse.



**Bezugspreis**  
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig,  
in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 50 Pf. monatlich, 1,50 M. vierteljährlich;  
für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 M. ohne Bestellgeld.

**Ausgabe**  
täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

**Schriftleitung und Geschäftsstelle:**  
Katharinenstraße 1.

**Fernsprech-Anschluß Nr. 57.**

**Anzeigenpreis**  
für die Petitpaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Anzeigen werden angenommen in  
der Geschäftsstelle Thorn, Katharinenstraße 1, den Anzeigenbeförderungsgeschäften  
„Invalidentant“ in Berlin, Haafenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg,  
M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Anzeigenbeförderungsgeschäften des  
In- und Auslandes.  
Annahme der Anzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung bis 1 Uhr nachmittags.

N<sup>o</sup>. 46.

Donnerstag den 23. Februar 1899.

XVII. Jahrg.

Für den Monat März kostet die „Thorner Presse“ mit dem illustrierten Sonntagsblatt in den Ausgabestellen und durch die Post bezogen 50 Pf., frei ins Haus 67 Pf.

Bestellungen nehmen an sämtliche Kaiserl. Postämter, die Landbriefträger und wir selbst. Geschäftsstelle der „Thorner Presse“, Katharinenstraße 1.

## Die Zentral-Genossenschafts-Kasse.

In dem letzten Gesetze über die Erhöhung des Geschäftskapitals der Zentral-Genossenschaftskasse war der Regierung die Ermächtigung erteilt, dieses Kapital von 40 auf 50 Millionen zu erhöhen. Von dieser Ermächtigung soll nunmehr Gebrauch gemacht werden. Mit der Verstärkung des Anlagekapitals wird vom 1. April ab der Zinssatz des von der Kasse zu gewährenden Kredits wieder auf 3 $\frac{1}{2}$  pCt. herabgesetzt.

Mit dieser Verstärkung des Grundkapitals der Kasse, heißt es in einer halbamtlichen Mitteilung, glaubt die Regierung dem Bedürfnisse für absehbare Zeit genügt zu haben. Denn es sprechen eine Reihe Gründe dafür, daß der Beharrungsstand in dem Geschäftsverkehr der Kasse bald erreicht sein wird. So erfreulich das Genossenschaftswesen sich unter der Mitwirkung der Kasse entwickelt hat, so daß die jetzt beschlossene Erhöhung des Anlagekapitals erforderlich geworden ist, so verlangsamt sich die Bewegung doch in letzter Zeit schon mehr. Es kommt hinzu, daß, wenn auch die Handwerker-Genossenschaften noch zu schwach sind, um ständige Kredite entbehren zu können, die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände mehr und mehr erstarkt sind, so daß sich das Verhältnis der Rückzahlungen zu den Darlehen von Jahr zu Jahr gebessert hat. Im ersten Geschäftsjahre wurden nur 59, im zweiten 64, im dritten 84,55 pCt. der entliehenen Summe zurückgezahlt. In den drei Vierteljahren vom 1. April 1898 bis 1. Januar 1899 betrug die Rückzahlung 80 pCt., während sie in dem gleichen Zeitraum der Vorjahre etwas über 40 und 53 pCt. betrug. In der Zeit vom 1. April 1898 bis 1. Februar 1899 decken sich Darlehen und Rückzahlungen sogar mit rund 106 Millionen Mark.

Die Zentral-Genossenschaftskasse wächst sich daher immer mehr zu einer Ausgleichsstelle für die Genossenschaftsverbände aus.

## Politische Tageschau.

Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des preussischen Ministers v. d. Necke sind im Umlauf. Als künftiger Minister des Innern wird Ministerialdirektor v. Bitter genannt.

Dementiert wird, daß der Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der großen Warenhäuser bereits derart gefördert sei, daß er demnächst dem Abgeordnetenhaus zugehen werde, ferner daß die Zuteilung des Wasserbau-Ressorts an den Minister für Landwirtschaft beschlossen sei und die königliche Sanktion erhalten habe.

In Spanien stehen der Regierung im Senat und in der Kammer böse Tage bevor. Ministerpräsident Sagasta brachte im Senat am Montag den Gesetzentwurf, betreffend die Abtretung der Philippinen, ein. Die alsbaldige Ueberweisung des Entwurfs an die Kommission scheiterte an dem Protest der Konservativen. Als darauf Graf Almenas die Debatte gegen die Generale, namentlich gegen Primo de Rivera, Weyler, Blanco, Cervera und Linarez, erneuert und über die schimpfliche Kapitulation von Santiago zu sprechen beginnt, erhebt sich ein allgemeines Lärmen, mehrere Personen wurden von den Tribünen entfernt. Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung berichtet Wolff's Bureau: Sagasta vertheidigt die Regierung und die spanische Friedenskommission in Paris und greift die Vereinigten Staaten an wegen

ihrer Forderungen, die nicht mit dem Protokoll übereinstimmen. Man könne nicht über den Krieg diskutieren, denn die Generale ständen noch unter gerichtlicher Verfolgung. Graf Almenas beschwert sich darüber, daß noch kein General gekentet sei. (Widerspruch. Graf Almenas wurde zur Ordnung gerufen.) Graf Almenas erhebt heftige Beschuldigungen gegen die Generale. (Lärm.) Almenas setzte aber unter großem Lärm seine Angriffe gegen mehrere Generale fort und behauptet, die Regierung habe die Fortsetzung des Krieges verhindert. Der Kriegsminister protestiert hiergegen, die Lage auf Kuba sei unbaltbar gewesen. Graf Almenas erwidert, Portorico habe sich schimpflich ergeben. Marschall Primo de Rivera erklärt, solche Angriffe seien ungerecht, sie könnten sogar als Feige bezeichnet werden. Almenas sei ein Verleumder. Graf Almenas erwidert, er werde seine Behauptungen beweisen. Marschall Blanco erklärt, die Generale und die Armee hätten tapfer gekämpft; er trage die Verantwortlichkeit für die Ereignisse auf Kuba. Der Minister für die Kolonien vertheidigt die Amtsführung der Regierung und der Generale und erklärt, die Regierung trage für diese letzten Handlungen die Verantwortung. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben. Ähnlich wie im Senat ging es am Montag in der Deputiertenkammer zu. Ein Antrag, in welchem der Regierung ein Tadel ausgesprochen wird, ist von den Konservativen unterzeichnet. Alz schiebt dem Ministerium die Verantwortlichkeit für das Unheil zu und sagt, Santiago habe sich mit 23 000 Mann ergeben. (Bewegung.) Alz behauptet, die Regierung habe die Uebergabe von Santiago befohlen, um die Monarchie zu retten.

Don Carlos hat seine Anhänger angewiesen, an den Beratungen der Cortes nicht teilzunehmen. Der Führer der Carlisten, Mella, hat dies dem Ministerpräsidenten sofort angezeigt.

Die Leiche des Mahdi ist, wie Parlamentssekretär Brodrick am Montag im englischen Unterhaus erklärte, auf Anordnung des Generals Kitchener aus dem Grabe genommen und in den Nil geworfen worden. Auf Grund dieser Mitteilung kündigte William Redmond an, er werde gegen die Bewilligung der Jahresrente für Kitchener wegen Entheiligung der Gebeine des Mahdi stimmen.

In Griechenland sind bei den Kammerwahlen am Sonntag nach einer von der „Afta“ veröffentlichten Zusammenstellung bisher gewählt worden: 112 Theotokisten, 36 Ministerielle, 25 Delhannisten, 36 Unabhängige oder Wilde, 13 Deligeornisten, 6 Dragonisten und 3 Anhänger Rallis. Theotokis hat erklärt, er sei gegen ein Koalitionskabinet und verlange die Demission des Ministeriums, um einem trikupistischen Kabinet die Aufgabe zu erleichtern. Die Regierung weist darauf hin, daß das Wahlergebnis keiner Partei ausgesprochen günstig sei, und daß sie daher am Ruder zu bleiben habe, bis die Kammer ihre Entscheidung abgegeben habe.

Der Rhedive von Egypten, Abbas II., dem jetzt ein Sohn geboren worden, ist seit dem Jahre 1895 vermählt mit Zebal Hanem Rhediva. Aus dieser Ehe entstammten bis jetzt nur drei Töchter.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat am Montag mit 219 gegen 34 Stimmen den Gesetzentwurf angenommen, durch welchen 20 Mill. Dollars zur Zahlung an Spanien entsprechend dem Friedensvertrag bewilligt werden. — Es ist Befehl zur Entlassung von etwa 16 000 Freiwilligen erteilt worden. Dieser Befehl bezieht sich auf alle Freiwilligen in den Vereinigten Staaten und auf die drei in Kuba befindlichen Regimenter. Der Bestand der Armee ist hierdurch auf 110 000 Mann herabgesetzt.

Aguinaldo erließ neuerdings eine Proklamation, in welcher er die Amerikaner beschuldigt, die Philippinen in verächtlicher Weise angegriffen, ihre Ortschaften

ohne Grund bombardiert, friedliche Bürger gefangen genommen und es auf Ausrottung der philippinischen Rasse abgesehen zu haben. Dieselbe werde aber den Kampf bis auf's Messer fortsetzen und sich bei den Großmächten beschweren.

## Deutsches Reich.

Berlin, 21. Februar 1899.

Se. Majestät der Kaiser wohnte am Montag im Neuen Königl. Operntheater einer Festaufführung zu Gunsten des Militärhilfsvereins kurze Zeit bei und besuchte dann das königliche Opernhaus, wo zum ersten diesjährigen Gesellschaftsabend Webers „Freischütz“ gegeben wurde; der Kaiser blieb dort bis zum Schluß der Vorstellung.

Prinz Heinrich wird nach einer Mitteilung der „Köln. Volksztg.“ im Mai die Mission in Süd-Schantung besuchen. Der Ingenieur Hilbrandt erhielt telegraphische Nachricht, die erste Bahn zu vermessend und schleunigst zu beginnen; die Zweigbahnen werden bald folgen. Ein Syndikat hat bereits begonnen, Kohlenlager anzukaufen; im Frühjahr soll der Betrieb beginnen.

Prinz Heinrich von Preußen ist jetzt der älteste Generalmajor der preussischen Armee. Er befindet sich seit dem 15. September 1895 in diesem Dienstgrade und ist noch der einzige Generalmajor aus dem genannten Jahre. In der Marine hat der Prinz noch fünf ältere Kontreadmirale zu Vordenkenten.

Die Meldung verschiedener Blätter, daß Prinz Adalbert zum Frühjahr in die Flotte eintreten werde, ist nicht richtig; er soll im Sommer nur vorübergehend eingeschifft werden.

Das Staatsministerium hielt am Dienstag unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe eine Sitzung ab.

Finanzminister Dr. v. Miquel feierte am Sonntag seinen 72. Geburtstag im engsten Familienkreise.

Der bisherige Kommandeur der zweiten Infanterie-Brigade in Gumbinnen, Generalmajor v. Kamph, ist unter Beförderung zum Generalleutnant zum Kommandeur der 14. Infanterie-Division in Düsseldorf ernannt worden, die bisher Prinz Heinrich VXIII. Neuf kommandiert hat.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet den Eisenbahnetat und genehmigte die Einnahmen, sowie die dauernden Ausgaben nach der Vorlage. An Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr sind für 1899 gegen das Vorjahr 54 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark mehr, aus dem Güterverkehr 47 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark mehr vorgesehen. Der Eisenbahnminister theilte mit, daß das laufende Etatsjahr voraussichtlich eine Mehreinnahme gegen den Voranschlag von 62 Millionen Mark bringen werde. Auf der anderen Seite sei jedoch auch eine Mehrausgabe von 51—52 Millionen Mark zu erwarten. Die Verkehrssicherheit sei wesentlich dadurch erhöht worden, daß im Güterverkehr der Lokal- vom Fernverkehr nach Möglichkeit getrennt worden sei, was allerdings eine Ausgabenerhöhung zur Folge gehabt habe. Zur Frage der Reform des Personentarfs wurde vom Minister darauf verwiesen, daß demnächst die deutschen Staatsbahnen-Verwaltungen zu Beratungen darüber zusammentreten. Solche Reformen würden in der Hauptsache darauf hinausgehen müssen, eine Vereinfachung herbeizuführen ohne wesentliche Preisgabe der Erträgnisse. Wahrscheinlich sei die Abschaffung der Retourbillets. Der Berichterstatter der Kommission forderte eine Erhöhung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung zur Vermehrung der Betriebsmittel zc. von 30 auf 50 Millionen Mark, welche Forderung indes auf Widerspruch stieß.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute die Beratung der Militärvorlage fort und lehnte die Vermehrung der Kavallerie ab. Zunächst wurde abgelehnt gegen 5 Stimmen ein Antrag des

Grafen Roon: Drei Eskadrons mehr zu bewilligen als gefordert. Dann wurde mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt die von der Regierung beantragte Vermehrung der 472 Eskadrons auf 482, ebenso ein Eventualantrag des Grafen Roon auf Bewilligung von zwei Regimentern à 5 Eskadrons. Dagegen wurde die Beibehaltung der bestehenden 472 Eskadrons ausdrücklich genehmigt. Endlich wurden sämtliche Vorschläge auf Erhöhung der Etatsstärke der Kavallerieregimenter, sowie die verlangte Gardejägereskadron abgelehnt. — Kriegsminister von Goplner erwiderte auf eine bezügliche Anfrage, es würde 20 Millionen Mark pro Jahr kosten, wenn die Abkommandierungen durch Zivilisten ersetzt werden sollten. Weiterberathung morgen.

Bei der Neuorganisation der Artillerie sollen nach einer Meldung der „Post“ zur Befriedigung allgemein Schimmel zur Verwendung gelangen, einerseits wegen der hohen Leistungsfähigkeit der Schimmel, andererseits, weil sie für die Kavallerie nicht gern verwendet werden, da für die Einzelverwendung des Kavalleristen die helle Farbe des Thieres unvortheilhaft ist.

Der Berliner Hof hat für die verstorbenen Erzherzogin Maria Immaculata von Oesterreich achttägige Trauer angelegt.

Für die Herstellung eines deutschen Kabels nach Kiautschou sind nach der „Post“ gegenwärtig Vorarbeiten im Gange.

Die diesjährige Generalversammlung des Evangelischen Bundes findet in der zweiten Oktoberwoche in Nürnberg statt.

Der Ausschuß des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften und Vertreter des Zentral-Komitees der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz hielten Freitag unter dem Vorsitz des Vize-Ober-Zeremonienmeisters von dem Kneesebeck im „Kaiserhof“ eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in welcher über das Zusammenwirken der genannten beiden Korporationen auf dem Gebiet der ersten Hilfe Beratungen gepflogen wurden. Im Sinne der Rundschreiben des Reichs-Versicherungsamtes und des gemeinsamen Erlasses der Minister des Kultus, des Krieges und des Innern wurde ein Komitee gewählt. Vorsitzender wurde der Vorsitzende des Zentral-Komitees der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz, v. von dem Kneesebeck, Stellvertreter die Reichstagsabgg. Noske-Verlin und Architekt Gerhardt-Eberfeld vom Verbande der deutschen Berufsgenossenschaften. Stabsarzt Dr. Rannwitz und Direktor Max Schlesinger wurden mit der Ausarbeitung weiterer Grundlagen betraut.

Die Denkschrift über die Ausführung des Anstaltengesetzes für die Provinzen Posen und Westpreußen ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen.

Ein ähnliches Urtheil wie in Dresden ist in der vorigen Woche vom Schwurgericht zu Leipzig gefällt worden, und zwar betraf es ebenso junge Burschen, welche die Befreiung eines verhafteten Genossen verlangt und dabei sich des Landfriedensbruchs schuldig gemacht hatten; auch hier wurden harte Strafen, und zwar 10 Jahre und 6 Monate Zuchthaus und 8 Jahre und 6 Monate Gefängnis über 6 Angeklagte verhängt. In diesem Falle aber war die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen.

Im Mai v. J. war der Magistrat in Berlin beim Polizeipräsidenten eingekommen, einen Gitterzaun um den Friedhof der Märzgefallenen bauen zu dürfen. Als darauf keine Antwort erfolgte, beschwerte sich der Magistrat über den Polizeipräsidenten beim Oberpräsidenten, und als dieser erklärte, er sei für den Polizeipräsidenten nicht die höhere Instanz, beim Minister. Jetzt hat, wenn eine Berliner Zeitungs-Korrespondenz Recht hat, der Minister des Innern das Polizeipräsidenten angewiesen, die vom Magistrat nachgesuchte Bauerlaubnis zu verfragen. — Der Polizeipräsident motiviert die Verfassung der Bauerlaubnis für den Friedhof der Märzgefallenen wie folgt: Wie aus den Verhandlungen der









